

Knapp, teuer, klimaschädlich? So berechtigt ist die Kritik an der Biogas-Quote wirklich



Von **Daniel Wetzel**
Wirtschaftsredakteur

Stand: 25.02.2026 | Lesedauer: 6 Minuten



Mit einem Radlader wird Maissilage in die Biogasanlage gefahren

Quelle: picture alliance/dpa/Philipp Schulze

Die schwarz-rote Koalition rettet die Gasheizung mit einer Grüngas-Quote. Kritiker warnen vor steigenden Heizkosten, weil die Nachfrage nach Biogas höher sei als das Angebot. Tappen Verbraucher, die an der Gasheizung festhalten, in eine Kostenfalle?

Die Abschaffung der faktischen Wärmepumpen-Pflicht durch die schwarz-rote Koalition stößt bei Klimaschützern auf massive Kritik. Das neue „Gebäudemodernisierungsgesetz“ (GMG) sei schlechter als sein Vorgänger, das noch vom früheren grünen Wirtschaftsminister Robert Habeck (<https://www.businessinsider.de/politik/habecks-bueroleiter-fuehrt-jetzt-das-referat-kerntechnologien-im-cdu-wirtschaftsministerium/>) (Grüne) erdachte Gebäudeenergiegesetz (GEG). Und zwar gleich in doppelter Hinsicht.

Habeck hatte vorgeschrieben, dass jede Heizung 65 Prozent Öko-Energie nutzen müsse – ein Kriterium, das außer Holzöfen nur Wärmepumpen erfüllen, deren Einbau nach [Erhebungen der Verbraucherzentralen \(https://verbraucherzentrale-energieberatung.de/heizen/neue-heiztechnik/entwicklung-heiztechnikpreise/\)](https://verbraucherzentrale-energieberatung.de/heizen/neue-heiztechnik/entwicklung-heiztechnikpreise/)  im Schnitt allerdings 36.000 Euro pro Stück kostet. Eine Biogas-Quote enthielt Habecks Heizgesetz zusätzlich.

Am Dienstag einigte sich die schwarz-rote Koalition darauf, das gesamte sogenannte Heizungsgesetz samt De-facto-Zwang zur teuren Wärmepumpe zu streichen. Gas- und Ölheizungen sollen weiter erlaubt sein, doch müssen die Energieversorger künftig einen stetig steigenden Anteil von [Bio-Brennstoffen \(https://www.businessinsider.de/gruenderszene/business/agriportance-biogas-buerokratie-landwirte/\)](https://www.businessinsider.de/gruenderszene/business/agriportance-biogas-buerokratie-landwirte/)  liefern.

„Klimapolitischer Kahlschlag“

Ein schlechtes Geschäft, nicht nur fürs Klima, sondern auch für den Verbraucher, kritisiert Olaf Bandt, Chef des „Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND).“ Bei der beschlossenen Änderung handele es sich um einen „klimapolitischen Kahlschlag zu Lasten der Verbraucher“.

Denn nun würden nicht nur Klimaziele verfehlt, auch das Heizen werde für Mieter und Hausbesitzer teurer: „Der Beimischungszwang von Biomethan, Wasserstoff und anderen angeblich klimafreundlichen Brennstoffen ist sozial und klimapolitisch unverantwortlich“, erklärte BUND-Chef Bandt: „Diese Brennstoffe sind im Vergleich zu erneuerbaren Heizarten wie der Wärmepumpe hochgradig ineffizient, teuer und werden nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen.“

Aber stimmt das? Punkt eins: Klimaschutz. Zunächst erscheint es zutreffend, dass es nun schwieriger werden könnte, die Erneuerbaren-Ziele im Wärmesektor zu erreichen. Denn laut Artikel 15a der Erneuerbaren-Richtlinie der EU muss bis 2030 im Wärmesektor ein Öko-Anteil von 49 Prozent erreicht werden. Wenn die deutschen Gasversorger erst 2029 zehn Prozent Biogas beimischen müssen, liegt der Schluss nahe, dass dies für die Erreichung der EU-Ziele zu spät kommt.

Allerdings: Das 49-Prozent-Ziel der EU hätte Deutschland selbst dann verfehlt, wenn es an Habecks Gebäudeenergiegesetz festgehalten hätte. Aktuell liegt der Anteil erneuerbarer Energien im Wärmesektor in Deutschland bei knapp 18 Prozent. Und diese 18 Prozent bestehen zu zwei Dritteln aus der Verbrennung von Holz. Um das EU-Ziel zu erreichen, müsste Deutschland den jahrelang stagnierenden Anteil von Öko-Heizstoffen fast verdreifachen – innerhalb der nächsten fünf Jahre.

Das hätte auch das bisherige Heizungsgesetz nicht geschafft: Habecks Beamten hatten damals ausgerechnet, dass pro Jahr rund 600.000 neue Wärmepumpen installiert werden müssten, um den Klimazielen nahezukommen. Doch die Planzahlen wurden stets weit verfehlt.

Selbst im letzten Jahr, als sich Wärmepumpen sogar besser verkauften als Gasbrennwertkessel, erreichten die Absatzzahlen nur die Hälfte des Notwendigen. Bei Installationskosten von durchschnittlich 36.000 Euro pro Stück und Flaute im Wohnungsbau kein Wunder: Dass auch Habeck vor der Zielverfehlung stand, zeigt, dass das Problem eher in den überambitionierten und von der Realität weitgehend losgelösten Planvorgaben der Europäischen Union liegt, als in der deutschen Umsetzung.

Gas mit Bio-Quote ist 25 Prozent teurer

BUND-Chef Bandt unterschätzt auch, dass Klimaschutz nachhaltig sein muss. Eine von vielen Wählern als übergriffig empfundene Wärmewende-Politik gilt als eine der Ursachen für das Erstarken der AfD in Umfragen. Gleichzeitig schrumpfte die Umweltpartei Bündnis 90/Die Grünen bei der Bundestagswahl auf 11,6 Prozent. Käme es bei künftigen Wahlen zu rechtspopulistischen Mehrheiten, gäbe es womöglich gar keinen Klimaschutz mehr.

Das neue Gebäudemodernisierungsgesetz von Schwarz-Rot setzt stärker auf Bezahlbarkeit, Konsumentensouveränität und Technologieoffenheit – und macht Klimapolitik damit in einem umfassenden Sinne, nämlich sozial, gesellschaftlich und politisch akzeptabel und damit erst nachhaltig.

Bandts zweiter Punkt: Die neue Biogas-Quote, die Versorger ab 2029 erfüllen müssen, macht das Heizen teurer, weil es nicht genug grüne Gase gibt. Diese Erwartung des BUND-Chefs ist nicht falsch: Grüne Gase werden noch lange knapp und damit teurer sein als Erdgas auf dem Weltmarkt. Aktuell liegt der Tarif für Gas mit zehn Prozent Biogas-Anteil rund 25 Prozent über einem reinen Erdgastarif, teilt das Preisportal Verivox mit. Wenn mit der Grüngas-Quote eine Beimischungspflicht geschaffen wird, steigt die Nachfrage weiter und damit womöglich auch der Preis.

Richtig ist aber auch: Wie stark CO₂-Abgaben oder geopolitische Entwicklungen das Konkurrenzprodukt Erdgas verteuern werden, kann auch Bandt nicht vorhersagen. Würde Biogas aus der dem riesigen Angebotsmarkt Ukraine bezogen, könnten die Preise für den beigemischten Öko-Brennstoff auch fallen.

Außerdem sagen zahlreiche Studien voraus, dass sich die Systemkosten der Stromversorgung in Deutschland wegen der Energiewende bis 2050 weiter erhöhen werden. Damit ist die Verfügbarkeit von billigem Wärmepumpen-Strom nicht garantiert. Dass Biogas-Heizungen immer teurer sind als Wärmepumpen, ist jedenfalls nicht sicher.

Abzuziehen sind in jedem Fall die Opportunitätskosten: Wer sich die hohen Installationskosten einer Wärmepumpe spart, kann für das Geld viele Jahre lang auch einen Aufpreis für Biogas zahlen – insbesondere dann, wenn sich die technische Haltbarkeit der Wärmepumpe als begrenzt herausstellen sollte.

Die Erwartung der Öko-Vereine, die Grüngas-Quote würde wegen knapper Biogasmengen am Markt zwangsläufig das Heizen verteuern, wird zwar auch vom Verband kommunaler Unternehmen (VKU) geteilt. Allerdings sind die Knappheiten womöglich nicht so groß, wie befürchtet. Denn der Gasverbrauch für Heizwärme in privaten Haushalten in Deutschland liegt zwischen 250 und 280 Terawattstunden im Jahr. Die geplanten Beimischungspflicht von zehn Prozent im Jahre 2029 würde einen Biomethan-Bedarf zwischen 25 und 45 Terawattstunden bedeuten, teilt der Fachverband Biogas mit. Aktuell stellen rund 288 Anlagen in Deutschland bereits 11 Terawattstunden Biomethan pro Jahr her. Diese Menge müssten also noch verdoppelt bis verdreifacht werden.

Eine solche Leistungserhöhung hatte schon grüne Energiepolitik allen anderen Öko-Energien zugemutet. Hier dürfte es sogar noch besonders leicht fallen: Denn zusätzlich werden rund 100 Terawattstunden Biogas zur Stromproduktion genutzt. Würde man einen Teil dieses Gases ebenfalls zu Biomethan veredeln, könnten damit auch Heizungen betrieben werden. „Die Startmengen sind durchaus leistbar“, heißt es im Fachverband Biogas: „Die 25 Terawattstunden zum Start der Biotreppe liegen locker im Potenzial.“

Umweltvereine wie der BUND, die eine Biogas-Quote nur für einen unnötigen, teuren Preistreiber halten und deshalb zurück zu Habecks Version des Gebäudeenergiegesetzes wollen, übersehen, dass auch der frühere Wirtschaftsminister bereits eine Grüngas-Quote in sein Gesetz geschrieben hatte. Sie gilt bis zur formalen Abschaffung des GEG.

Jede Gasheizung, die seit dem 1. Januar 2024 bis zum Abschluss der kommunalen Wärmeplanung eingebaut wurde und wird, muss laut [Paragraf 71 Absatz 9 GEG](https://www.gesetze-im-internet.de/geg/___71.html) (https://www.gesetze-im-internet.de/geg/___71.html)  ab 2029 zwingend 15 Prozent Biogas oder Wasserstoff verbrennen. Von dieser Pflicht sind bis dato immerhin rund 680.000 Gasheizungsbesitzer betroffen, teilt der Bundesverband der deutschen Heizungsindustrie mit.

Mit Habecks Grüngas-Quote hatten der BUND und die anderen Kritiker des neuen schwarz-roten Gesetzes merkwürdigerweise kein Problem – obwohl diese ja sogar noch höher lag. Anders als bei Habeck ist beim neuen Gebäudemodernisierungsgesetz, dass der Staat die Bürger mit der Biogaspflicht nicht mehr alleine lässt, sondern erstmals auch die Gaswirtschaft in die Pflicht nimmt – ein weiterer Vorteil der Neuregelung.

Dieser Artikel wurde für das Wirtschaftskompetenzcenter von WELT und „[Business Insider Deutschland](https://www.businessinsider.de/) (<https://www.businessinsider.de/>)  “ erstellt.

[Daniel Wetzel](https://www.welt.de/autor/daniel-wetzel/) (<https://www.welt.de/autor/daniel-wetzel/>)  ist Wirtschaftsredakteur in Berlin. Er berichtet über Energiewirtschaft und Klimapolitik. Er wurde 2007 vom Verein Deutscher Ingenieure (VDI) mit dem Robert-Mayer-Preis ausgezeichnet und vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität Köln 2009 mit dem Theodor-Wessels-Preis.